

Pressemitteilung

Berlin, 02.11.2021

Gemeinsame Pressemitteilung der Berliner Landesarbeitsgemeinschaft Naturschutz e.V. (BLN), des NABU Landesverband Berlin, der NaturFreunde Berlin und des Berliner Netzwerks für Grünzüge

Kein Geld mehr für die falsche Sache! Naturschutzverbände fordern Finanzierungsstopp für Infrastrukturmaßnahmen auf Kosten der Berliner Grünflächen

Berlin, 2. November 2021 - In einer gemeinsamen Erklärung fordern die Berliner Landesarbeitsgemeinschaft Naturschutz e.V. (BLN), der NABU Landesverband Berlin, die NaturFreunde Berlin und das Berliner Netzwerk für Grünzüge („Grünzüge für Berlin“) die Verhandlungspartner auf, in der Koalitionsvereinbarung zur nächsten Legislaturperiode Infrastrukturmaßnahmen, die zulasten der Berliner Parks und öffentlichen Grünflächen gehen, den Riegel vorzuschieben.

Im Jahr 2020 baute der Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf eine Kindertagesstätte mitten in den Volkspark Jungfernheide. Der Bezirk Pankow plant den Bau einer Schule im Thälmann-Park. Der Bezirk Marzahn-Hellersdorf wünscht sich ein Erlebnisbad anstelle des im Biotopverbund Wuhletal gelegenen Jelena-Santic-Friedensparks. Der Bezirk Reinickendorf errichtet zurzeit eine Skaterstrecke durch den denkmalgeschützten Schäferseepark. Wiederum der Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf eröffnete im Wilmersdorfer Preußenpark (1904 durch den Wilmersdorfer Gartenbaudirektor Richard Thieme angelegt) im Sommer 2021 eine provisorische Marktplattform für einen Street-Food-Markt und plant darüber hinaus, ein Multifunktionsgebäude, eine erweiterte dauerhafte Marktplattform, einen Erlebnisspielplatz und Sporteinrichtungen im nur 55.000 qm kleinen Preußenpark zu errichten.

Überall in Berlin werden öffentliche Grünflächen, oft sogar Parks, die zu Beginn des letzten Jahrhunderts im Rahmen der Volksparkbewegung als hohe Errungenschaft der Berliner Zivilisation angelegt wurden, seitens der Bezirke mit Einrichtungen bebaut und zersiedelt, die auch anderswo entstehen könnten: Spiel- und Sportplätze, Schulen, Kitas, Erlebniswelten, Gastronomie. „Die öffentlichen Grünflächen als Naturerholungsraum, aber auch als Refugium der Artenvielfalt in unserer Stadt, werden immer weiter dezimiert, während der Nutzungsdruck auf die Grünflächen in der wachsenden Stadt immer weiter steigt, ein Teufelskreis für Mensch und **Natur.**“, **sagt Juliana Schlaberg, Naturschutzreferentin des NABU Berlin.** „Gleichzeitig werden die letzten größeren innerstädtischen unversiegelten Flächen immer weiter versiegelt,

Rückfragen:
NaturFreunde Deutschlands
Landesverband Berlin

Uwe Hicksch
Stellv. Landesvorsitzender
Tel.: 0176-62015902
Mail: hicksch@naturfreunde.de

obwohl Berlins Wasserwerke die Grundwasserbildung anmahnen und die „Schwammstadt“ in aller Munde ist.“, setzt **Manfred Schubert, Geschäftsführer der BLN**, hinzu.

Während die Bezirke munter auf ihre Parks zugreifen, steht die Senatsverwaltung jedoch nicht hilflos daneben. Denn fast immer werden diese Bezirksprojekte aus Landesfördermitteln beziehungsweise Landesinvestitionsmitteln finanziert oder zumindest mitfinanziert: „SIWANA“, „Aktive Zentren“ und weiteren ... „Für unsere städtischen Parks stellen öffentliche Mittel paradoxerweise inzwischen die größte Gefahr dar“, ergänzt **Antje Henning von Grünzüge für Berlin**.

„Dabei sind unsere innerstädtischen Grünflächen, das „freie Grün vor der Haustür“ fundamentaler Baustein der Daseinsvorsorge, per definitionem sozial gerecht und inklusiv, für Kinder und Jugendliche gleichermaßen wie für Senioren, für Jogger genauso wie für Menschen mit Handicap, für Berufstätige und Eltern, die keine Zeit haben, hinaus ins Grüne zu fahren, genauso wie für Menschen, die aus motorischen Gründen keinen weiten Radius mehr haben aber dringend auf das beruhigende Eintauchen in die Natur angewiesen sind. Ausgerechnet die existentiellen Flächen, die sich immer mehr Menschen teilen müssen, sollen nun weichen für Einrichtungen, die oft nur für Wenige oder nur für bestimmte Gruppen von Nutzen sind.“, setzt **Uwe Hiks, stellvertretender Vorsitzender der NaturFreunde Berlin**, hinzu. „Oft wurden mögliche Alternativen für diese Infrastrukturprojekte kaum ernsthaft geprüft.“

Die Naturschutzverbände fordern deshalb die Koalitionsgesprächspartner auf, dem Griff auf die Grünflächen einen Riegel vorzuschieben und zu vereinbaren, dass der Senat keine Infrastrukturprojekte in Parks und öffentlichen Grünflächen unterstützt und vor allem auch nicht länger finanziert.

Ansprechpartner*innen:

Antje Henning, Grünzüge für Berlin, Tel: 0152 22 42 17 33, Email: antje.henning@gruenzuege-fuer-berlin.de

Uwe Hiks, NaturFreunde Berlin, Tel: 0176 620 15 902, Email: hiks@naturfreunde.de

Juliana Schlberg, NABU Berlin, Tel: 98 60 837 35, Email: jschlberg@nabu-berlin.de

Manfred Schubert, Berliner Landesarbeitsgemeinschaft Naturschutz e.V. (BLN), Tel: 26 55 08 64, Email: manfred.schubert@bln-berlin.de